

Haltung und Lösungsansätze der Grünliberalen zur Volksinitiative „Für eine sichere Stadt Bern“¹

Einleitung - Stand des Verfahrens

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf Sicherheit im Alltag. Die Zulässigkeit dieses Anliegens kann ernsthaft nicht bestritten werden. Schwieriger wird es, wenn es darum geht zu definieren, wann und mit welchen Massnahmen diesem Anspruch genüge getan ist.

Die Initianten der Volksinitiative „Für eine sichere Stadt Bern“ (VI) wollen die aus ihrer Sicht ungenügende Sicherheitslage in der Stadt durch deutlich verstärkte Polizeipräsenz und erhöhte Gewaltprävention nachhaltig verbessern. Sie fordern den Bezug von zusätzlich insgesamt 55'000 Stunden bei Police Bern (+45'000 Stunden Präsenz; +10'000 Stunden Prävention).²

Die VI liegt bei der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE). Diese hatte grundsätzlich bis am 4. April 09 (= innert 12 Monaten seit Erwahrung des Zustandekommens der VI) Zeit zur Antragsstellung an den Gemeinderat (GR). Der GR teilte am 12. März 2009 mit, er beabsichtige dem Stadtrat (SR) einen Gegenvorschlag zur Initiative vorzulegen. Der SR hat dieser Vorgehensweise an seiner Sitzung vom 2. April 2009 zugestimmt. Die Frist zur Erarbeitung der Vorlage hat sich damit um 6 Monate bis zum 4. Oktober 2009 verlängert.

Haltung der glp zur Sicherheitspolitik in der Stadt Bern im Allgemeinen und zur VI im Speziellen

➤ glp-Position zur städtischen Sicherheitsdiskussion³

- Die Grünliberalen anerkennen und unterstützen den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bern auf Sicherheit im Alltag und konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts im öffentlichen Raum. Das Sicherheitsmanko in der Stadt ist nachhaltig zu beseitigen.
- Wir fordern deshalb einen Paradigmenwechsel in der städtischen Sicherheitspolitik.
- Wir bewerten sichtbare und effiziente Polizeipräsenz, insbesondere in den städtischen Problemzonen, sowie klare Prioritätensetzung und Aufträge für die Polizei als notwendig.
- Eine Aufstockung der heute für Sicherheit und Prävention aufgewendeten Mittel soll erst dann in Betracht gezogen werden, wenn diese unter effizientem Einsatz nachweislich nicht zur Auftrags Erfüllung ausreichen.

➤ Haltung der glp zur Volksinitiative

- Die Grünliberalen unterstützen die mit der VI verfolgte Zielsetzung, nämlich „eine sichere Stadt Bern“.
- Wir bewerten aber den von den Initianten geforderten Einkauf von zusätzlich insgesamt 55'000 Stunden bei Police Bern (entspricht 37 weiteren Polizeistellen) zum gegenwärtigen Zeitpunkt als verfrüht und zudem innerhalb nützlicher Frist, wegen Fehlens der hierfür notwendigen personellen Ressourcen, nicht umsetzbar.

¹ Genehmigt von der Mitgliederversammlung am 28. April 2009

² Gestützt auf den laufenden Ressourcenvertrag (2008/9) bezieht die Stadt bei Police Bern gegenwärtig, in Stunden quantifiziert, Polizeidienstleistungen von insgesamt 65'000 Std. zum Preis von pauschal 28.3 Mio. Die Initianten verlangen somit im Vergleich zu heute eine Erhöhung des Dienstleistungsbezugs von 85%.

³ Vgl. dazu glp Positionspapier „Sicherheit und öffentlicher Raum“ vom 28. April 2009

- Aus unserer Sicht ist Thema der in der Stadt Bern zu führenden Grundsatzdiskussion nicht alleine die „Verstärkung der Polizeipräsenz“ oder „Erhöhung der Gewaltprävention“. Zentrale Herausforderung ist vielmehr die, dass das in der Bevölkerung seit längerer Zeit bezüglich Sicherheit schwelende Unbehagen von der Stadtpolitik (Gemeinderat und Stadtrat stehen hier gleichermassen in der Pflicht), für die Bürger der Stadt glaubhaft und wahrnehmbar, endlich mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zur Kenntnis genommen und angepackt wird.
 - Dieses von einer breiten Öffentlichkeit geforderte Anpacken verlangt konzeptionelles Umdenken, Auseinandersetzung mit den Realitäten und die gezielte Suche nach gangbaren, nachhaltigen Lösungen einschliesslich deren konsequenten Umsetzung.
 - Schliesslich sehen wir in der Realisierung des Projektes Police Bern eine echte Chance für die Erzielung weiterer Effizienzsteigerungen. Die praktische Integration der Stadtpolizei ist noch nicht abgeschlossen. Auch aus diesem Grund erachten wir die geforderte sofortige personelle Ressourcenaufstockung als verfrüht.
- **Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen bringen die Grünliberalen die nachfolgend formulierten Lösungsansätze in die Diskussion ein:**
1. Die mit der VI angestrebte Zielsetzung, eine sichere Stadt Bern, wird vorbehaltlos anerkannt.
 2. Gemeinde- und Stadtrat bekennen sich zur Geltung und Anwendbarkeit des Rechts auf dem ganzen Gebiet der Stadt Bern.⁴
 3. Die Erreichung der über die VI angestrebten Zielsetzung wird zuerst mittels gezielten Einsatzes der heute tatsächlich verfügbaren personellen Ressourcen verfolgt.
 4. Polizeipräsenz (insbesondere sicht- und wahrnehmbare Polizeipräsenz in den städtischen Problemzonen) und Gewaltprävention werden im Ressourcenvertrag zwischen der Stadt Bern und Police Bern für die Jahre 2010-11 als oberste Prioritäten der operativen Polizeiarbeit definiert.
 5. Die Direktion SUE erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über die zur Erreichung der Zielsetzung umgesetzten Massnahmen; gleichzeitig erarbeitet sie zusammen mit Police Bern Vorschläge zur kontinuierlichen Verbesserung der Sicherheitssituation in der Stadt Bern.
 6. Zur Entlastung der ausgebildeten Frontpolizisten prüft Police Bern die Rekrutierung und den Einsatz von zusätzlichen Sicherheitsassistenten.
 7. Die Heraufsetzung der bei Police Bern zu beziehenden Sicherheitsdienstleistungen wird dann umgesetzt, wenn sie aufgrund der praktischen Erfahrungen und der Berichterstattung durch die Direktion SUE nachgewiesen, mithin quantifizierbar und Police Bern ihrerseits personell tatsächlich in der Lage ist, diese zu erbringen.
 8. Im Sinne zusätzlicher flankierender Massnahmen sind bauliche Anpassungen, wie die Verbesserung der Beleuchtung in städtischen Problemzonen (z.B. Grosse Schanze) oder die Installation von Notrufsäulen an neuralgischen Punkten, zu prüfen. Sollte es die Analyse der Gefahrenlage als notwendig erscheinen lassen, müsste auch der punktuelle Einsatz von Videokameras ins Auge gefasst werden.

⁴ Dieses eigentlich selbstverständliche Bekenntnis hat in der Vergangenheit gefehlt und war aus unserer Sicht schlussendlich ursächlich für die Lancierung der VI.